

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-4 / Reichshofstr. 1 / Fernsprecher 17210 / Postfach Dresden Nr. 15491 / Erscheinungstage: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde Mittwochs von 11 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeiterrechtliche Fragen Freitags von 12 bis 16 Uhr amtliche Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gebildete Klein- und Mittel- und Großdruckerei des Reichshofstr. 1 in Dresden-4, die in den letzten Jahren durch die Erweiterung der Druckerei an den dreifachen Platz einer Zeitungsdruckerei in der Expedition Dresden-2, Waisenbühlstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erhebt sich täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen größeren Betrieben besteht ein Vertrieb auf Bestellung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 19. November 1929

Nummer 269

## 41698 Erwerbslose in Dresden

Der kommunistische Wahlsieg in Berlin im Spiegel der Presse / Unaufrichtigkeitserklärung der Wahl angedroht / Kommunistischen Abgeordneten soll die Immunität geraubt werden / Eisenbahnunglück bei Ellen

### Jeder fünfte Einwohner davon betroffen!

Aber nur 24753 Unterfrühe und 4305 Kriegenunterstützungsempfänger

Dresden, 19. November

Die Zahl der Arbeitslosen in Dresden liegt in der vorigen Woche um 2400 auf 41698 an. Diese erschreckend hohe Zahl bedeutet, daß von den rund 600 000 Einwohnern Dresdens rund 120 000 Personen oder ca. 20 Prozent direkt durch die Erwerbslosigkeit betroffen sind. Das besonders charakteristische an der jetzigen Erwerbslosigkeit ist, daß hochqualifizierte Arbeiter und Angestellte in starkem Maße die Stempelstellen besetzen. Wiederholt weisen wir darauf hin, daß besonders die qualifizierten Arbeiter und Angestellten der Nationalisierung zum Opfer fallen und mit dauernder Erwerbslosigkeit zu rechnen haben oder aber sie sind bereit, als Hilfsarbeiter für geringeren Lohn zu arbeiten.

Diese Tatsache charakterisiert die Strukturveränderung innerhalb des Lebenserlebens in den Betrieben. Jugendliche Kräfte ersetzen an den modernen Maschinen die hochqualifizierten, geübten Arbeiter. Die Erwerbslosigkeitsentwicklung wurde dieser Strukturveränderung durch die letzten Beschlüsse des Reichstages bereits angepaßt in der Richtung, daß die Arbeitslosen die Möglichkeit haben, den gelerntsten Arbeitslosen die Unterstützung zu entziehen, falls sie sich weigern sollten, die ihnen diesem Beruf entsprechenden Arbeiten für welche eine niedrigere Entlohnung erfolgt auszuführen.

Gerade die gelerntsten Arbeiter, die zu einem Teil noch der SPD und der reformistischen Bürokratie folgen, sind durch diese Verschärfungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes außerordentlich schwer betroffen.

Das Arbeitsamt hat in Betracht gezogen, an die Arbeiter die „Lebende Hilfe“ zu leisten, bei der Unterstützung von Arbeitslosen für das Arbeitsamtgebäude sich nur an das Arbeitsamt zu wenden. Durch diese Maßnahme sollen lediglich die Arbeitslosen „getrieben“ werden, praktisch hat das keinerlei Wirkung.

Diese Erwerbslosigkeit ist jedoch nicht etwa ein Kuriosum, das sich nur in der Statistik der Arbeitslosen zeigt. In den Betrieben, in denen die Produktion von Maschinen usw. werden in den ent-

scheidenden Betrieben die Arbeiter in der gleichen Höhe wie im Vorjahre ausgeschüttet. Ja, es werden schon Entnahmen laut, daß die Arbeitslosenpolitik der Unternehmungen geändert werden muß, damit die Kleinrentner nicht zu Kapitalanlagen gezwungen werden. Um diese Verringerung der kleineren Kapitalisten gibt es jetzt den Kampf innerhalb der Bourgeoisie.

Diese Tatsache läßt natürlich nicht aus, daß die Kleinrentner der Vertiefung und Nationalisierung und somit der verschärften Konkurrenz verbunden mit zunehmender Ausbeutung der durch Senkung des Lebensstandards verschuldeten Massen, zum Opfer fallen. Die Konkurrenz der Kleinrentner wiederum ist die Voraussetzung einer weiteren Konzentration der Produktion und des Kapitals durch die Kräfte der Bourgeoisie. Der Druck auf die Massen wird immer härter.

Die Erwerbslosen aber müssen sich wehren. Nichts wäre fataler als ein Wächern im Kampf um die Garantie

der Existenz. Gemeinsam mit den Arbeitern in den Betrieben muß der Kampf um den bedingungslosen Arbeitstag vorbereitet werden. Der Kampf um die Arbeitslosigkeit, die Erhöhung der Löhne, besonders der untersten Lohngruppen, Eingliederung der Erwerbslosen in die Produktion, menschenwürdige Unterbringung für alle Erwerbslosen sind die Forderungen, für die sowohl Erwerbslose als auch die noch im Betrieb Stehenden kämpfen müssen.

Der Reichstagsbeschluss der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin stattfand, wird eingehend die Aufgaben zur Durchführung dieser Forderungen beraten und die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Die Stempelstellen und Betriebe müssen mobilisiert werden und ihre Delegierten in dem Kampf gegen die Regierung wählen.

Die Sozialdemokraten versuchen natürlich alle Kräfte zu locken, um die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Kampf um ihre Forderungen abzuhalten. Die „Arbeiterstimme“ mag noch so sehr lägen, die Arbeitermassen dürfen sich nicht belügen lassen, sondern müssen mit der revolutionären Opposition den Kampf organisieren.

## Der kommunistische Wahlsieg in Berlin

Die Mehrheitswahlberechnung bei folgender Stimmenverteilung im Berliner Stadtparlament ergibt:

Sozialdemokraten	85 Mandate	75	10
Republikanische Volkspartei	40	47	7
Kommunisten	56	41	15
Republikanische Partei	14	21	7
Deutsche Volkspartei	15	13	2
Christlich-sozialistische Partei	10	9	1
Zentrum	8	8	0
Deutschnationale	1	3	2
Christlich-sozial. Volks	3	3	1
Nationalsozialisten	13	13	0
225		219	

(In der letzten Stadtparlamentwahl hatten außer dem Unabhängigen Sozialdemokraten 5 Mandate Deutschsozialisten 3 Mandate 726 Mandate

Die kommunistische Partei hat im Vergleich zur letzten Stadtparlamentwahl des Reichstages über keine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnenen Mandate. Daß die SPD sowohl im Reichstag als auch in Leipzig, auch nur irgendeine Selbstkritik zu zeigen, wie sie die kommunistische Partei weit über das bisherige Maß hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen heranziehen ist dieses Ergebnis ist eine politische Abrechnung mit dem in Berlin besonders offen zum Ausdruck kommenden Scheitern des Sozialdemokraten, das in den Wahlen dieses Jahres bisher keinen exponierten Ausdruck fand.

Dieser große Wahlsieg der Kommunisten hängt natürlich auch mit der Krise des bürgerlichen Bürgertums über seine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnenen Mandate. Daß die SPD sowohl im Reichstag als auch in Leipzig, auch nur irgendeine Selbstkritik zu zeigen, wie sie die kommunistische Partei weit über das bisherige Maß hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen heranziehen ist dieses Ergebnis ist eine politische Abrechnung mit dem in Berlin besonders offen zum Ausdruck kommenden Scheitern des Sozialdemokraten, das in den Wahlen dieses Jahres bisher keinen exponierten Ausdruck fand.

Dieser große Wahlsieg der Kommunisten hängt natürlich auch mit der Krise des bürgerlichen Bürgertums über seine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnenen Mandate. Daß die SPD sowohl im Reichstag als auch in Leipzig, auch nur irgendeine Selbstkritik zu zeigen, wie sie die kommunistische Partei weit über das bisherige Maß hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen heranziehen ist dieses Ergebnis ist eine politische Abrechnung mit dem in Berlin besonders offen zum Ausdruck kommenden Scheitern des Sozialdemokraten, das in den Wahlen dieses Jahres bisher keinen exponierten Ausdruck fand.

Dieser große Wahlsieg der Kommunisten hängt natürlich auch mit der Krise des bürgerlichen Bürgertums über seine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnenen Mandate. Daß die SPD sowohl im Reichstag als auch in Leipzig, auch nur irgendeine Selbstkritik zu zeigen, wie sie die kommunistische Partei weit über das bisherige Maß hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen heranziehen ist dieses Ergebnis ist eine politische Abrechnung mit dem in Berlin besonders offen zum Ausdruck kommenden Scheitern des Sozialdemokraten, das in den Wahlen dieses Jahres bisher keinen exponierten Ausdruck fand.

Dieser große Wahlsieg der Kommunisten hängt natürlich auch mit der Krise des bürgerlichen Bürgertums über seine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnenen Mandate. Daß die SPD sowohl im Reichstag als auch in Leipzig, auch nur irgendeine Selbstkritik zu zeigen, wie sie die kommunistische Partei weit über das bisherige Maß hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen heranziehen ist dieses Ergebnis ist eine politische Abrechnung mit dem in Berlin besonders offen zum Ausdruck kommenden Scheitern des Sozialdemokraten, das in den Wahlen dieses Jahres bisher keinen exponierten Ausdruck fand.

## Unerhörter Immunitätsraub angefündigt!

Berlin, den 18. November

In der Sitzung des Reichstages wurde in der Sitzung vom 18. 11. von dem sozialdemokratischen Abgeordneten von Karlowitz unter Zustimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann der Antrag gestellt, daß bei Eintritt der Sommerpause des Reichstages grundsätzlich die Immunität der Abgeordneten aufgehoben wird, gegen die von den Staatsanwälten Strafverfolgungsanträge vorliegen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um eine Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten, gegen die von den Staatsanwälten gerade ein Strafverfolgungsantrag beim Reichstagsparlament angenommen wird. Die kommunistischen Abgeordneten sollen also in jedem Sommer den Klaffverurteilungen ausgeliefert werden.

In der Sitzung des Reichstages wurde in der Sitzung vom 18. 11. von dem sozialdemokratischen Abgeordneten von Karlowitz unter Zustimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann der Antrag gestellt, daß bei Eintritt der Sommerpause des Reichstages grundsätzlich die Immunität der Abgeordneten aufgehoben wird, gegen die von den Staatsanwälten Strafverfolgungsanträge vorliegen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um eine Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten, gegen die von den Staatsanwälten gerade ein Strafverfolgungsantrag beim Reichstagsparlament angenommen wird. Die kommunistischen Abgeordneten sollen also in jedem Sommer den Klaffverurteilungen ausgeliefert werden.

Wenn es die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstagsparlament annehmen, daß die Immunität der Abgeordneten aufgehoben wird, gegen die von den Staatsanwälten Strafverfolgungsanträge vorliegen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um eine Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten, gegen die von den Staatsanwälten gerade ein Strafverfolgungsantrag beim Reichstagsparlament angenommen wird. Die kommunistischen Abgeordneten sollen also in jedem Sommer den Klaffverurteilungen ausgeliefert werden.

In zwei Fällen, wo es sich um angebliche Verleumdungen handelt, wurde die Immunität der kommunistischen Abgeordneten von Karlowitz und Karlowitz aufgehoben. Es mag ein Umstand hervorgerufen werden, daß der bürgerlich-sozialdemokratische Reichstag im letzten Jahrzehnt gegen die kommunistischen Abgeordneten Verleumdungen gibt. Für die von den Arbeitern herausgegebenen Betriebszeitungen werden stichtisch als verantwortliche herausgegeben kommunistische Abgeordnete bezeichnet. Die Arbeiter glauben damit Maßregeln der Regierung vorzubringen, die laut aus dem Betriebe verantwortliche für die Zeitung schreiben müßten.

Von den Sozialdemokraten wird gegen diese Maßnahmen der Arbeiter im Betriebe gegen die Maßregeln ein großes Geschrei gemacht. Sie erklären, daß gerade das ein Grund zur Aufhebung der Immunität sei, um vor Gericht zu stehen, wer der eigentliche Verantwortliche für die Zeitungen ist. Es kommt ihnen also auf die Bestrafung der Arbeiter an. Das entspricht durchaus dem arbeitervindlichen Kurs der Sozialdemokraten, die nicht nur mit der Bourgeoisie in der allgemeinen Politik, sondern auch mit dem Unternehmertum im Kampf die Arbeiterforderungen pazifizieren.